

## Pressemitteilung

# BVA unterstützt Waldinitiative

**Der Vorstand des BVA unterstützt die Initiative „Ja für euse Wald“, die demnächst im Grossen Rat behandelt wird und voraussichtlich noch dieses Jahr zur Abstimmung gelangt. Mit den Holzerlösen können die zunehmenden Aufwendungen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen nicht gedeckt werden. Die Landwirtschaft kennt diese Herausforderung schon länger.**

Muri. Die Bevölkerung nimmt zu und damit verbunden auch die Erholungssuche in der Natur. Das spüren die Landwirte wie auch die Waldbesitzer und deren Bewirtschafter. Die Ansprüche an gut unterhaltene Infrastruktur sind hoch und verursachen entsprechende Kosten. Diese und weitere Kosten können nicht mehr durch den sinkenden Holzerlös gedeckt werden, wie das noch vor Jahrzehnten der Fall war. Aus diesem Grund hat der BVA bereits bei der Unterschriftensammlung zur Waldinitiative mitgewirkt, um die gemeinwirtschaftlichen Leistungen mit zusätzlichen kantonalen Mitteln zu entschädigen. Parallelen zur Landwirtschaft gibt es auch bei der Langfristwirkung. Analog zu den Bauern müssen auch die Forstbetriebe in Generationen und nicht in Quartalen denken. Das zusätzliche Geld wird im Kanton investiert und trägt zur nachhaltigen Entwicklung des Primärsektors bei.

### **Gemeinden mit viel Wald werden gestraft**

Eine weitere Parallele sieht der BVA in der Zuständigkeit der Finanzierung. Aktuell sind es insbesondere die Ortsbürger- oder Einwohnergemeinden, welche die Defizite der Forstbetriebe übernehmen oder gemeinwirtschaftliche Leistungen abgelten. Dadurch werden die ländlichen Gemeinden gestraft, indem sie den erholungssuchenden „Städtern“ den Wald als Naherholung zur Verfügung stellen, während die Städte gemessen an der Bevölkerungszahl kaum namhafte Beiträge an den Wald leisten müssen. Mit einer kantonalen Finanzierung, wie dies die Initiative vorsieht, wird dieser Missstand korrigiert.

### **Keine zusätzliche Bürokratie**

Der BVA unterstützt aus all diesen Gründen die Initiative „Ja für euse Wald“, auch wenn man einzelne Punkte kritisch beurteilt. So etwa den zu hohen Ansatz von Fr. 25.- pro Einwohner und der damit verbundenen Steigerung des jährlichen Gesamtaufwandes. Der BVA betont, dass der administrative Aufwand, die zusätzlichen Gelder zu verteilen, nicht zunehmen darf und warnt vor einer überbordenden Bürokratie, wie sie die Landwirtschaft kennt. Das Geld muss im Wald ankommen und nicht im Büro versickern. Im Bereich Naturschutz lehnt der BVA eine Flächenausdehnung ab und will die zusätzlichen Mittel in den Unterhalt investieren. Analog zur Landwirtschaft soll auch im Wald gelten: „Qualität vor Quantität“.

Ralf Bucher, Geschäftsführer  
Bauernverband Aargau (BVA)